



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 12.04.2018

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 17. April 2018, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.02.2018
2. Sachstand Masterplan- Green City, Bericht der Agentur Benz und Walter
3. **18-F-21-0029**
Fütterungsverbot und Leinenzwang in öffentlichen Grünanlagen
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unternimmt erhebliche Anstrengungen, um die Population u. a. von Stadtauben und Nilgänsen im Stadtgebiet schonend und im Einklang mit

tierschutzrechtlichen Bestimmungen zu reduzieren, bzw. sie nicht über ein bestimmtes Maß hinaus ansteigen zu lassen. Wichtig für den Erfolg dieser Bemühungen ist aber, dass diese Tiere nicht von Passanten gefüttert werden. Das Fütterungsverbot dient zudem der Tiergesundheit, der Hygiene und der Gewässer Reinhaltung.

Mit Hilfe geeigneter Aufklärungsmaßnahmen soll der offenbar verbreitenden Unkenntnis hinsichtlich des bestehenden Fütterungsverbotes entgegen gewirkt und die Kontrollen des Ordnungsamtes unterstützt werden.

In Wiesbaden dürfen Hunde im öffentlichen Raum nicht unbeaufsichtigt herumlaufen. Auf öffentlichen Grünflächen müssen sie grundsätzlich an der Leine geführt werden. Dies dient dem Schutz der Bevölkerung. Ausnahmen von der Anleinpflcht gibt es nur auf eigens gekennzeichneten Hundenausläuflächen. Mit Hilfe geeigneter Aufklärungsmaßnahmen soll der offenbar verbreitenden Unkenntnis hinsichtlich des bestehenden Leinenzwangs entgegen gewirkt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, um das Fütterungsverbot und den Leinenzwang in öffentlichen Grünflächen besser zu kommunizieren und durchzusetzen.
Hierbei sollten insbesondere geprüft werden:
 - die gezielte Informationsbeschilderung an ausgewählten Standorten, wie u.a. den Parkzugängen, an Gewässern und anderen bevorzugten Aufenthaltsorten von Tieren
 - die aktualisierte Neuauflage des Flyers „Ente gut - alles gut“ aus dem Jahr 2008
 - die Informationsvermittlung über neue Medien/soziale Netzwerke
2. bis zur Sitzung des Umweltausschusses am 23. Oktober 2018 über den Sachstand der Umsetzung zu informieren.

4. 18-F-03-0002

Rodungsmaßnahmen Grundstück südlich Biomasseheizkraftwerk
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2018 -

Unter anderem durch Hinweise aus der Bürgerschaft wurden im Januar 2018 umfangreiche Rodungsmaßnahmen im Bereich Deponiestraße bekannt. Es handelt sich dabei um das südlich an das Biomasseheizkraftwerk angrenzende Flurstück 156/Flur 6 in der Gemarkung Kastel, das vorab von der Landeshauptstadt Wiesbaden an die Firma Gurdulic und Knettenbrech verkauft worden war. Die auf dieser Fläche vorgesehene Errichtung einer Müllverbrennungsanlage wurde bereits mehrfach im Umweltausschuss, u.a. auch mit dem Grundstücksbesitzer, diskutiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Waren die im Januar 2018 auf dem Flurstück 156/Flur 6 in der Gemarkung Kastel festgestellten Rodungsmaßnahmen durch die zuständigen Behörden genehmigt?
2. Falls nein, welches sind die Konsequenzen für den Eingriffsverursacher und wie ist hier der Sachstand?
3. Sind Ersatzpflanzungen vorgesehen und falls ja, an welchem Ort?
4. Wie ist der Eingriff aus naturschutzfachlicher Sicht zu bewerten? Welche Arten und Bio-tope sind betroffen?

5. Was ist mit den gerodeten Stämmen und Ästen geschehen, wie wurde das Holz verwertet?

5. 18-F-08-0019

Grundstücksrodung für neue Müllverbrennungsanlage
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11.04.2018 -

Wie in der Presse berichtet hat die Firma Knettenbrech + Gurdulic auf dem Grundstück an der Deponiestraße, das sie von der LHW vor etwa einem Jahr sehr günstig erworben hatte und nun als Standort für eine geplante Müllverbrennungsanlage vorsieht, den kompletten Gehölzbestand gerodet, obwohl für dieses Grundstück laut Bebauungsplan aus dem Jahr 1993 auch bei Erteilung einer Baugenehmigung ein Gehölzstreifen entlang der Deponiestraße erhalten bleiben und mit weiteren Pflanzungen ergänzt werden soll.

Wie man der Presse ebenfalls entnehmen konnte wurde für die großflächige Rodung keine Genehmigung eingeholt. Außerdem soll es auch noch keine Baugenehmigung für eine mögliche Müllverbrennungsanlage geben.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche rechtlichen Schritte werden angesichts eines nicht genehmigten Eingriffs in Natur und Landschaft eingeleitet?
2. Sind auch geschützte Tierarten, wie beispielsweise die Zauneidechse, von diesem Eingriff betroffen?

6. 18-F-11-0003

Biodiversität-Maßnahmen rund um Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Bürgerliste Wiesbaden vom 10.04.2018 -

Die neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen zum Massensterben der Insektenwelt sind extrem besorgniserregend.

Innerhalb der letzten 27 Jahre ist die gesamte Biomasse von Insekten um zirka 75 % zurückgegangen. Es ist mit massiven negativen Effekten gerade im Bereich der Nahrungsmittelproduktion (Bestäubung) zu rechnen, sollte nicht umgehend ein Umdenken erfolgen.

Gerade hier sind Länder und Kommunen gefordert.

Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ tritt dieser Entwicklung sehr intensiv entgegen. Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss von im Naturschutz engagierten Kommunen. Es stärkt die Bedeutung von Natur im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen und rückt den Schutz der Biodiversität in den Blickpunkt.

In Hessen sind diesem Bündnis bereits 128 Kommunen beigetreten. Wiesbaden hat die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ im Jahr 2010 mit unterzeichnet, ist dem Verein aber nicht beigetreten.

Im Biodiversitätsbericht 2016 kann man nachlesen, dass dort wo entsprechende Maßnahmen eingeführt wurden, eine Verbesserung der Vielfalt in den Bereichen der Fauna und Flora eingesetzt hat.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten dem Ausschuss zu berichten:
 - a) Welche Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität die Stadt Wiesbaden aktuell betreibt und welche weiteren Maßnahmen geplant sind?
 - b) Ob die Stadt Wiesbaden Fördergelder von Land oder Bund zum Schutz der Biodiversität erhält? Wenn ja, in welchem Umfang?
 - c) In welchem Umfang von der Stadt noch Insektizide eingesetzt werden; z.B. sogenannte Neonicotinoide oder andere, die für das Insektensterben verantwortlich gemacht werden?
2. Dass die Stadt Wiesbaden, wie schon 19 weitere Städte in Hessen, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt .e.V.“ beitrifft, um aktiv hier ihren Beitrag zu leisten.

7. 18-F-08-0020

Lichtverschmutzung in Wiesbaden

-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11.04.2018-

Lichtverschmutzung belastet die menschliche Gesundheit und stört die Tierwelt. Deshalb fordert z.B. die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V. (HGON) (siehe: HGON: Heller Wahnsinn - Vom Ende der Nacht):

1. eine landesweite Strategie zur Reduzierung von Lichtemissionen
2. die Einrichtung eines Messnetzes für Lichtemissionen, vergleichbar der Messung der Luftverschmutzung
3. die beschleunigte Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit warm-weißen lichtemittierenden Dioden (LED)
4. die Berücksichtigung der Lichtemissionen bei der Stadtplanung
5. die Verringerung von Lichtemissionen durch bessere, bedarfsorientierte zeitliche Steuerung der Beleuchtung,
6. Reduzierung der Lichtmenge und Verhinderung von Abstrahlung in die Atmosphäre (Ausrichtung des Lichts dahin, wo es benötigt wird)
7. Unterstützung der Einrichtung von Sternenparks in hessischen Regionen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. In wieweit ist die öffentliche Straßen- und Parkbeleuchtung bereits mit warm-weißen lichtemittierenden Dioden (LED) ausgestattet?
2. In wieweit hat der Schutz von Insekten und Vögeln Eingang in die Ausrüstung der Stadtbeleuchtung gefunden und was ist diesbezüglich geplant?
3. Welche sonstigen Maßnahmen hat Wiesbaden zur Einschränkung der Lichtverschmutzung ergriffen bzw. sollen zukünftig umgesetzt werden? Ab wann sind diese Maßnahmen gegebenenfalls vorgesehen?

8. 17-V-82-0008

DL 13/18-1

Neufassung der Ortssatzung für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden (Marktsatzung)

9. 18-V-36-0005

DL 14/18-2

Ausführungsrichtlinie "Blühende Landschaften und Lebensräume in Wiesbaden"

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 17.04.2018 -

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 17-F-02-0010

DL 12/18-2, 36/17-1

Dialogprozess - Novellierung Ballungsraumgesetz: Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2017 -

- Bericht des Dezernates IV vom 09.02.2018 -